LANDESGESETZBLATT

FÜR OBERÖSTERREICH

Jahrgang 1959

Ausgegeben und versendet am 15. September 1959

18. Stück

35. Gesetz. — Gesetz vom 22. Juni 1959 über die Änderung des Gemeindestatuts für die Stadt Steyr (Steyrer Gemeindestatutnovelle 1959).

35.

G e s e t z

vom 22. Juni 1959 über die Änderung des Gemeindestatuts für die Stadt Steyr (Steyrer Gemeindestatutnovelle 1959).

Der o. ö. Landtag hat beschlossen:

Artikel I.

Das mit dem Gesetz vom 18. März 1930, LGBl. Nr. 13, erlassene Gemeindestatut für die Stadt Steyr in der Fassung des Gesetzes vom 7. Juli 1948, LGBl. Nr. 41, wird wie folgt abgeändert:

1. § 3 hat zu lauten:

„Farben, Wappen und Siegel.

§ 3.

(1) Die Farben der Stadt Steyr sind grün-weiß.

(2) Das Wappen der Stadt Steyr ist ein nach rechts springender, weißer, rotbewehrter Panther im grünen Feld mit stierähnlichem Kopf, kurzen Hörnern und Klauen, aus dem Maule und den Ohren feuerspeidend.

(3) Das Stadtsiegel trägt im Siegelfeld das Stadtwappen mit der Umschrift „Stadt Steyr“.

(4) Das Stadtwappen und das Stadtsiegel dürfen nur die Dienststellen der Stadtgemeinde verwenden. Der Gemeinderat kann auf Ansuchen in der Stadt ansässigen physischen und juristischen Personen bewilligen, das Stadtwappen zu verwenden. Die Bewilligung ist jederzeit widerrufbar.

(5) Die unbefugte oder mißbräuchliche Verwendung des Stadtwappens oder des Stadtsiegels wird, sofern nicht ein gerichtlich strafbarer Tatbestand vorliegt, von der Bezirksverwaltungsbehörde als Verwaltungsübertretung mit einer Geldstrafe bis dreitausend Schilling bestraft.“

2. § 6, § 8 Abs. 2 und § 9 haben zu entfallen.

3. § 12 hat zu lauten:

„Ausfertigung von Urkunden und sonstigen Geschäftsstücken.

§ 12.

(1) Urkunden, die in unmittelbarer Durchführung von Beschlüssen des Gemeinderates ausgefertigt werden, sind, soweit damit privatrechtliche Verpflichtungen der Gemeinde gegen Dritte begründet werden, vom Bürgermeister oder dem zur Vertretung berufenen Bürgermeisterstellvertreter und zwei Mitgliedern des Gemeinderates zu unterfertigen.

(2) Unbeschadet der für den übertragenen Wirkungsbereich diesbezüglich geltenden Vorschriften ist in der Geschäftsordnung des Magistrates zu bestimmen, von welchen Organen sonstige Urkunden und Geschäftsstücke zu unterfertigen sind.“

4. Im § 16 hat Abs. 1 Z. 4 zu entfallen; Abs. 3 hat zu lauten:

„Wird über ein Mitglied des Gemeinderates die Voruntersuchung (§ 91 Strafprozeßordnung) wegen einer strafbaren Handlung eingeleitet und würde eine Verurteilung wegen dieser Handlung nach der Wahlordnung für den Gemeinderat der Stadt Steyr den Ausschluß vom Wahlrecht oder von der Wählbarkeit nach sich ziehen, so hat es hievon unverzüglich den Bürgermeister zu verständigen. So lange das Strafverfahren dauert, kann das Mitglied des Gemeinderates sein Amt nicht ausüben und ist vorläufig seines Amtes enthoben. Für die Dauer der Amtsenthebung hat der Bürgermeister den nach den Bestimmungen der Wahlordnung einzuberufenden Ersatzmann an Stelle des enthobenen Mitgliedes einzuberufen.“

5. § 17 Abs. 2 hat zu lauten:

„Bei Besorgung von Gemeindeangelegenheiten haben die Mitglieder des Gemeinderates Anspruch auf Ersatz der tatsächlich erwachsenen Auslagen sowie des Entganges am Verdienst; dieser Anspruch kann auch pauschal abgegolten werden.“

6. § 17 Abs. 3 hat zu entfallen.

7. Die im § 21 Abs. 2 angeführten Schilling-Beträge sind auf das Zehnfache zu erhöhen.

8. § 30 wird durch folgenden Satz ergänzt:
„Es ist nicht gestattet, auf die Funktionsgebühren zu verzichten.“

9. § 33 hat zu lauten:

„Die Mitglieder des Stadtrates haben Anspruch auf angemessene, vom Gemeinderat festzusetzende Funktionsgebühren. Es ist nicht gestattet, auf die Funktionsgebühren zu verzichten.“

10. Die Überschrift zu § 35 hat zu lauten:

„Zusammensetzung.“

11. § 35 Abs. 2 hat zu lauten:

„Die Amtsgeschäfte werden vom Magistratsdirektor nach den Weisungen des Bürgermeisters geleitet.“;
die bisherigen Abs. 2 bis 4 haben zu entfallen.

12. § 36 hat zu lauten:

„(1) Der Besorgung kommunaler Aufgaben dienenden wirtschaftlichen Einrichtungen der Gemeinde, die von dieser unmittelbar verwaltet werden, kann der Gemeinderat die Eigenschaft einer Unternehmung zuerkennen. Solche Einrichtungen gelten als Unternehmungen der Gemeinde im Sinne dieses Gesetzes.

(2) Der Wirkungskreis der einzelnen Organe der Gemeinde im Bezug auf die Unternehmungen und der Wirkungskreis der Leitungen der Unternehmungen wird vom Gemeinderat durch die Organisationsstatuten für die Unternehmungen bestimmt. Die Organisationsstatuten haben sicherzustellen, daß die Unternehmungen unter besonderer Bedachtnahme auf ihre kommunalen Aufgaben nach kaufmännischen Grundsätzen verwaltet werden. Dem Magistrat obliegt jedenfalls die Überwachung der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Gebarung.

(3) In den Organisationsstatuten ist ferner zu regeln, in welcher Weise und von welchen Personen die Zeichnungsberechtigung ausgeübt wird.

(4) § 12 dieses Gesetzes gilt nicht für die Unternehmungen.

(5) In den Organisationsstatuten sind dem Gemeinderat jedenfalls vorzubehalten:

- a) die Beschlußfassung über die Organisationsstatuten;
- b) die Prüfung und Genehmigung des Rechenschaftsberichtes und der Bilanz;
- c) die Verwendung der Jahresüberschüsse, Dotationen der Reservefonds und der jeweiligen Spezialfonds;
- d) die Maßnahmen zur Bedeckung der Verluste;

e) die Genehmigung der Erwerbung, Veräußerung und Verpfändung von unbeweglichem Vermögen;

f) die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter der Unternehmungen.

(6) In den Organisationsstatuten sind dem Stadtrat jedenfalls vorzubehalten:

a) die Aufsicht über die Vermögensverwaltung und Geschäftsgebarung; jedenfalls ist dem Stadtrat die Zustimmung zu den Kreditoperationen und Geschäften vorbehalten, die über die laufende Geschäftsgebarung der Unternehmungen hinausgehen;

b) hinsichtlich der in öffentlich-rechtlichem Dienstverhältnis Angestellten alle Rechte nach § 51 dieses Statuts, hinsichtlich der übrigen Angestellten die Festsetzung der Dienst- und Besoldungsverhältnisse.“

13. § 38 Abs. 2 Z. 7 hat zu lauten:

„der Gemeindesanitätsdienst und die Sittlichkeitspolizei;“.

14. § 45 hat zu lauten:

„Der Gemeinderat hat darauf zu sehen, daß die städtischen Kassen von Zeit zu Zeit skontriert werden; er kann deren Skontrierung durch den Stadtrat, durch Organe aus seiner Mitte oder durch das Kontrollamt des Magistrates vornehmen lassen.“

15. § 47 Abs. 5 hat zu entfallen.

16. Die im § 48 Abs. 1 angeführten Schilling-Beträge sind auf das Zehnfache zu erhöhen.

17. § 49 Abs. 5 hat zu lauten:

„(5) Alle Bediensteten der Gemeinde sowie ihrer Anstalten und Unternehmungen sind dem Bürgermeister verantwortlich. Dieser übt die Disziplinargewalt über die Bediensteten nach Maßgabe der hiefür geltenden Vorschriften aus.“

18. § 56 hat zu lauten:

„Ortspolizei.

§ 56.

(1) Der Magistrat hat unter Leitung und Verantwortung des Bürgermeisters die der Gemeinde zustehende Ortspolizei innerhalb der Gesetze zu handhaben und übt im übertragenen Wirkungskreis das Strafrecht in den Angelegenheiten der Ortspolizei aus, soweit diese nicht besonderen staatlichen Organen zugewiesen sind.

(2) Der Magistrat ist auch hiebei an die bestehenden Gesetze und Verordnungen gebunden.

(3) Dem Magistrat steht das Recht zu, in Angelegenheiten der der Gemeinde zustehenden Ortspolizei innerhalb der Gesetze allgemeine Anordnungen und Verbote zu erlassen und für deren Übertretung Geldstrafen bis zum Betrag von zweitausend Schilling oder Arrest bis zu zwei Wochen festzusetzen.“

19. Nach § 57 ist einzufügen:

„6. Abteilung.

Kundmachung von Beschlüssen des Gemeinderates und sonstiger Anordnungen.

§ 57 a.

(1) Gemeinderatsbeschlüsse und auf Grund dieser erlassene Verordnungen sowie sonstige Anordnungen im selbständigen Wirkungsbereich der Gemeinde gelten durch die Einschaltung im Amtsblatt der Stadt Steyr als gehörig kundgemacht.

(2) Die Wirksamkeit der Anordnungen beginnt mit dem Tag der Verlautbarung im Amtsblatt der Stadt Steyr, wenn nicht in der Anordnung selbst ein anderer Zeitpunkt für die Wirksamkeit bestimmt wurde. Als Tag der Verlautbarung gilt der Tag, an dem das Stück des Amtsblattes der Stadt Steyr herausgegeben wird. Der Tag der Herausgabe, an dem zugleich die Versendung zu erfolgen hat, ist auf jedem Stück des Amtsblattes der Stadt Steyr anzugeben.

(3) Unbeschadet vorstehender Bestimmungen kann der Gemeinderat von Fall zu Fall beschließen, daß Gemeinderatsbeschlüsse und auf Grund dieser erlassene Verordnungen auch durch Anschlag an den Amtstafeln der Stadtgemeinde Steyr und durch Tageszeitungen zu veröffentlichen sind.

(4) Im Amtsblatt der Stadt Steyr können auch Verordnungen oder sonstige Anordnungen im übertragenen Wirkungsbereich der Gemeinde kundgemacht werden. Durch diese Bestimmung werden jedoch anderslautende Vorschriften über die Kundmachung von Rechtsvorschriften

im übertragenen Wirkungsbereich nicht berührt.“

20. Im § 61 Abs. 1 ist „Bundeskanzleramt“ zu ersetzen durch „zuständige Bundesministerium“.

21. § 61 Abs. 4 und 5 haben zu lauten:

„(4) Zur Besorgung der unaufschiebbaren Geschäfte bis zur Konstituierung des neuen Gemeinderates hat die Landesregierung einen Regierungskommissär zu bestellen und diesem zur Beratung einen der bisherigen politischen Zusammensetzung des Stadtrates entsprechenden ehrenamtlichen Beirat beizugeben. Dem Regierungskommissär kommen die Befugnisse des Bürgermeisters, des Stadtrates und des Gemeinderates zu. Der Regierungskommissär hat in allen wichtigen Angelegenheiten den Beirat zu hören. Regierungskommissär und Beirat können von der Landesregierung jederzeit abberufen werden.

(5) Die Neuwahl des Gemeinderates ist innerhalb sechs Wochen nach der Auflösung auszusprechen und innerhalb sechs Wochen nach der Ausschreibung durchzuführen.“

Artikel II.

Durch das Inkrafttreten dieses Gesetzes wird die Geltung des Gesetzes vom 17. Juni 1930, LGBl. Nr. 20, womit bestimmte polizeiliche Geschäfte an eine in der Stadt Steyr zu errichtende Bundespolizeibehörde übertragen werden, nicht berührt.

Der Landeshauptmann

Dr. Gleißner